



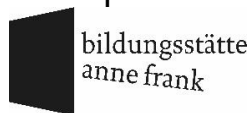
BLICKWINKEL

ANTISEMITISMUS- UND RASSISMUSKRITISCHES
FORUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Bericht der 13. Tagung »Objektiv begriffen, subjektiv betroffen – Zum Verhältnis von Kategorien und Wahrnehmung bei Antisemitismus und Rassismus«

Bericht von Ingolf Seidel

Eine Kooperation von





BLICKWINKEL

ANTISEMITISMUS- UND RASSISMUSKRITISCHES
FORUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT

13. Tagung: OBJEKTIV BEGRIFFEN, SUBJEKTIV BETROFFEN. Zum Verhältnis von Kategorien und Wahrnehmung bei Antisemitismus und Rassismus (20. und 21. Juni 2022 in Leipzig).

Veranstaltet von der Bildungsstätte Anne Frank in Kooperation mit der Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB), der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), dem Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin, dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Else-Frenkel-Brunswik-Institut.

Tagungsbericht von Ingolf Seidel

Montag, 20. Juni 2022

Tagesmoderation: Meron Mendel, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main.

Begrüßung und Eröffnung

Oliver Decker, Else Frenkel-Brunswik Institut, Universität Leipzig.

Florian Zabransky, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Andrea Despot, Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ), Berlin.

Meron Mendel, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main.

Oliver Decker vom Else-Frenkel-Brunswik Institut eröffnete die Tagung, indem er das Thema „Objektiv begriffen, subjektiv betroffen“ näher erläuterte. Gemeint ist damit das Verhältnis von wissenschaftlichen Kategorien, die Antisemitismus und Rassismus definieren sollen, mit der Wahrnehmung von Betroffenen. Wer Diskriminierung erfährt, will den daraus resultierenden Gefühlen, Ohnmacht und Trauer, einen Namen geben – ihnen einen Begriff zuordnen. Begriffe sind jedoch immer auch Abstraktion und können nur einen Teil der Erfahrung beinhalten, auf der sie basieren.

Die jüdische Familie der im ukrainischen Lwiw (Lemberg) 1908 geborenen Namensgeberin des Instituts, Else Frenkel-Brunswik, war infolge von antisemitischen Pogromen nach Wien gegangen. Die von Else Frenkel-Brunswik geprägten Begrifflichkeiten würden bis heute dabei helfen, Diskriminierung zu begreifen. Auf Frenkel-Brunswik gehe unter anderem der Begriff der Ambiguitätstoleranz zurück, mit dem die Unfähigkeit, Offenheit und Mehrdeutigkeit auszuhalten, bezeichnet wird.

Florian Zabransky bezog sich auf den *Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa)* des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung, nach dem 65% der Befragten angaben, direkt oder indirekt

mit Rassismus konfrontiert gewesen zu sein. Zur Entwicklung von Strategien gegen Rassismus und Antisemitismus gehört Zabransky zufolge ein Bewusstsein dafür, welche Unterschiede die Phänomene aufweisen. Es braucht eine historische Perspektive ebenso wie die Stimmen der Betroffenen, um konstant an Begriffen zu arbeiten.

Debatten um Erleben und Begriffe werden teils heftig geführt, es ist Ambiguitätstoleranz nötig, um gegensätzliche Positionen zuzulassen. Unabdingbar ist aber dabei, sich gegen jegliche Mechanismen der Abwertung und der Ausgrenzung zu stellen.

Andrea Despot wies darauf hin, dass die Tagung in den letzten Jahren aktuelle Analysen von Antisemitismus fokussiert hat, und nun auf die Metaebene geht. Im Zentrum steht die Reflexion von Begrifflichkeiten und Definitionen im Spannungsfeld zwischen subjektiver Wahrnehmung von Diskriminierung und den Ansprüchen von Wissenschaft auf Systematisierung und Objektivierung. Der Anspruch der diesjährigen Tagung ist, Antisemitismus und Rassismus zusammenzudenken. Darüber hinaus gelte es, transdisziplinär über unterschiedliche Phänomene gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit ins Gespräch zu kommen und zuletzt Räume für einen offenen Diskurs zu schaffen, um Perspektivwechsel zu ermöglichen.

Meron Mendel von der Bildungsstätte stellte fest, dass die Spannung von Definition und Wahrnehmung gesellschaftlich hohe Relevanz hat. Die Frage danach, ob etwas schon rassistisch oder antisemitisch sei, kommt oft auf. Aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit plädiert Mendel für eine weniger emotionale Herangehensweise. Aktuelles Beispiel ist die Debatte um die documenta 15, in der sich schnell zwei sich gegenüberstehende Lager gebildet haben. Für Mendel ist es wichtig, sich an einzelnen Gegenständen abzuarbeiten und die Werke zu benennen, die klare antisemitische Motive zeigen. Rationale Debatte ist hier, so Mendel, selten möglich – die Blickwinkel-Tagung soll genau das leisten.

Eröffnungsdiskussion

Wovon die Rede ist, wenn von Antisemitismus und Rassismus die Rede ist. Zur Bedeutung von Begriffen.

Uffa Jensen, Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin.
Serhat Karakayali, Leuphana Universität Lüneburg.
Moderation: **Andrea Despot**, Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Berlin.

Uffa Jensen legte den Konflikt zwischen wissenschaftlichem Arbeiten und gesellschaftlichen Bedürfnissen dar und wies gleichzeitig darauf hin, dass Wissenschaftler*innen immer auch im öffentlichen Diskurs verortet seien. Zur Veranschaulichung der Definitionen innewohnenden Problematik stellte der Referent die *Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* und die *Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA)* gegenüber, um die gesellschaftlichen Bedürfnisse hinter beiden Definitionen zu beleuchten und darzulegen, was sie mit dem wissenschaftlichen Feld zu tun hätten. Was sich in der wissenschaftlichen Literatur zu Antisemitismus finde, seien weniger Definitionen im Sinne von „Antisemitismus ist...“. Was zu finden ist, seien Begriffe und Konzepte von Antisemitismus. Das sei nicht das Gleiche wie eine Definition. Es

sei eher mühselig, aus den unterschiedlichen Arbeiten herauszukristallisieren, was Antisemitismus ist. Dies habe seine Gründe in der notwendigen Vielfalt und Komplexität dessen, was Antisemitismus ausmacht. Antisemitismus könne in der Sprache gefunden werden, in Bildern, in Diskriminierungsformen und Gewalt. Er könne auch als Affekt beschrieben werden. Abhängig vom konkreten Forschungsgegenstand werde ein unterschiedliches Begriffsinstrumentarium herangezogen, was zu verschiedenen Beschreibungen dessen, was Antisemitismus ausmacht, führe. Eine religionsgeschichtliche Perspektive unterscheide sich hier von einer soziologischen. Die Vielfalt der wissenschaftlichen Herangehensweisen sei also nicht einfach in eine Definition umzusetzen.

In der Öffentlichkeit gebe es verschiedene Bedürfnisse, die im Konflikt mit der Wissenschaft liegen könnten: Bedürfnis nach Eindeutigkeit, ob etwas antisemitisch sei oder nicht, Ausweitung der Problembereiche von Phänomenen dessen, was antisemitisch sein soll, Unterstellung von Intentionalität, Moralisierung des Problems, bei der nicht das Gesagte, sondern die äußernde Person aus dem Feld des Sagbaren ausgeschlossen werde sowie emotionale Bedürfnisse. Letzteres sei selbstverständlich bei Betroffenen der Fall, aber auch bei Forschenden. Es ginge aber auch um Fragen der Positionalität, das meine die eigene Betroffenheit oder Nichtbetroffenheit von Antisemitismus, die das eigene Sprechen strukturiere. Auch in der Wissenschaft würde die Positionalität von sich äußernden Personen berücksichtigt, also ob sie beispielsweise jüdisch oder nichtjüdisch seien. Dies schaffe Pluralität auf dem Feld, und die Ausweisung der eigenen Position könne ein Erkenntnisgewinn sein. Es gebe aber auch die Reduktion auf Positionalität. Dabei würde mit Verweis auf die Position, Biografie oder familiären Hintergrund, einer Person die Möglichkeit von Erkenntnis zu- oder abgesprochen. Positionalität biete Chancen wie Risiken. Bestünde das Feld nur aus nichtjüdischen Forscher*innen, bestünde keine Berücksichtigung von Betroffenheit von Antisemitismus, die Folgen des Antisemitismus würden nicht sichtbar werden. Gäbe es keine nichtjüdischen Forscher*innen, würde das Feld gesellschaftlich marginalisiert wie es nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall gewesen sei.

Serhat Karakayali machte in der Rassismusforschung Parallelen zu dem von Uffa Jensen Gesagten aus. Karakayali konstatierte, dass im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg und mit der Niederlage des Nationalsozialismus rassistische Ideologien zunehmend geächtet wurden. Unterschiedlicher Kontinuitäten zum Trotz habe die Ächtung rassebiologischer Ideen und die nachfolgende Ära der Dekolonisierung nicht nur einen historischen Bruch markiert, sondern sie sei bis heute wirksam. Antisemitismus und Rassenlehre seien im Nationalsozialismus keine getrennten Phänomene gewesen. Daher sei es erklärungsbedürftig, wenn heute so getan werde, als wären sie voneinander unabhängig zu betrachten.

Karakayali zog im Folgenden die Studie von Werner Bergmann und Reiner Erb zur Kommunikationslatenz in der Bundesrepublik heran, mit der die beiden Wissenschaftler die Folgen einer Ächtung öffentlicher Kommunikationen auf als antisemitisch kodierte Einstellungen untersucht haben. Danach würden Stereotype, Narrative, Ideen intersubjektiv übertragen. Dies geschehe neben der öffentlichen auch in der nichtöffentlichen Kommunikation, etwa in den Familien. Als antisemitisch codierte Aussagen würden dort aus ihrem ursprünglichen ideologischen Zusammenhang gelöst und kursierten schließlich als Versatzstücke. Das bedeute in der Folge, dass die öffentliche und die private Kommunikation von Einstellungen unterschiedlichen Logiken folge. Diese Trennung von manifesten

Formen von deren Bedeutungen und Absichten beschreibe der Begriff der Latenz, so Karakayali im Anschluss an Bergmann und Erb.

Einen ähnlichen Mechanismus machte Karakayali für den Rassismus aus. Dieser würde weitgehend abgelehnt, es sei aber ein Fortbestand rassistischer Ideologeme, Bilder und Wissensvorräte auszumachen. Ergebnisse des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors zeigten auf, dass es im öffentlichen gebrauchten Rassismusbegriff eine Unbestimmtheit gebe. Eine solche begriffliche Unschärfe sei auch im wissenschaftlichen Betrieb auszumachen, etwa wenn wie bei Colette Guillaume von einem Rassismus gegen Frauen gesprochen würde. Der Anspruch an Wissenschaft sei, dass sie präzise Definitionen ihres Gegenstandes erarbeite und der Öffentlichkeit kommuniziere. Es sei hingegen weiterführender, die Veränderungen in dem, wie Rassismus sich äußert, als soziale Phänomene ernst zu nehmen. Sie seien die Folgen von Kämpfen gegen Rassismus und Antisemitismus. In den aktuellen, oft widersprüchlichen und inkonsistenten Formen von Abwertung, Stereotypen und Klischees seien auch die Gegenerzählungen von Kämpfen um Gleichheit und Gerechtigkeit auszumachen.

Diskussion:

Das nachfolgende Gespräch eröffnete **Andrea Despot** mit einer Nachfrage. Sie bat darum, das Spannungsfeld zwischen dem Bedürfnis von Eindeutigkeit und Zuordenbarkeit und der Fluidität der Phänomene in der Diskussion um Begriffe einzuordnen.

Uffa Jensen entgegnete darauf, dass das Verhältnis von Entstehungszusammenhang und der nachfolgenden Geschichte komplex sei. Wenn etwa Sartre heute gelesen würden, würden seine Texte einerseits aktualisiert, aber auch die Begriffe vor dem aktuellen Hintergrund verändert. Die Komplexität von unterschiedlichen Herangehensweisen würden in der Öffentlichkeit aus einem Unbehagen anhand der Schrecklichkeit von Antisemitismus heraus als Verharmlosung wahrgenommen.

An **Serhat Karakayali** richtete sich die Nachfrage, wie angesichts solcher Komplexität die Öffentlichkeit noch mitgenommen werden könne. Karakayali wies darauf hin, dass die Öffentlichkeit genauso wenig monolithisch sei wie die Wissenschaft. So gebe es viele Teilöffentlichkeiten und Akteur*innen, etwa im Bildungsbereich oder in der Medienöffentlichkeit, an die von wissenschaftlicher Seite aus angeknüpft werden müsse. Karakayali findet das Bedürfnis nach Eindeutigkeit verständlich, betont aber, dass vorhandene Unschärfen vermittelt werden und Allianzen gebildet werden müssen, **Uffa Jensen** ergänzte dazu, die Mehrzahl der antisemitischen Phänomene seien eindeutig. Ein Problem sei, dass sich vor allem auf die strittigen Punkte fokussiert würde.

Vorträge und Diskussion: Arbeitsdefinitionen und Begriffe in der Forschungspraxis

Joshua Kwesi Aikins, Senior Research Scientist "Advocating for Inclusion", Citizens for Europe, Berlin.

Julia Bernstein, Professorin für Diskriminierung und Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft an der Frankfurt University of Applied Sciences, Frankfurt am Main.

Katrin Reimer-Gordinskaya, Hochschule Magdeburg-Stendal.

Cihan Sinanoğlu, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung und Leitung der Geschäftsstelle des *Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors*, Berlin.

Moderation: **Sina Arnold**, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt/Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin.

Sina Arnold führte in das Panel ein. Sowohl in der Antisemitismuskritik als auch in der Rassismuskritik werde notwendigerweise mit bestimmten Verständnissen von Antisemitismus und Rassismus gearbeitet. Dabei hätten Begrifflichkeiten, die aus dem Aktivismus kommen (z.B. TERF, Goynormativität, Gadsche-Rassismus), Einfluss auf die Wissenschaft. Umgekehrt ließe sich beobachten, wie zivilgesellschaftliche Organisationen und Aktivist*innen auf Begriffe und Definitionen aus der Wissenschaft zurückgriffen.

Im Rahmen des Panels wurden einige der aktuellsten Studien zu Rassismus und Antisemitismus vorgestellt.

Katrin Reimer-Gordinskaya bezog sich in ihren Ausführungen auf Erfahrungen und Ergebnisse des von ihr geleiteten Projekts *Berlin-Monitor*, bei dem unter anderem Erfahrungen rassistischer und antisemitischer Diskriminierung und Ausgrenzung im Berliner Stadtraum erforscht werden.

Der Berlin-Monitor versucht mit unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen auch das dynamische Phänomen Antisemitismus auszuleuchten und dabei grundsätzlich begriffsoffen zu bleiben. So wird beispielsweise die Frage diskutiert, ob der israelbezogene Antisemitismus eine Umwegkommunikation sei oder als eigenständige Form interpretiert werden könne. Außerdem werden subjektive Perspektiven von Betroffenen miteinbezogen, was in der europäischen Antisemitismusforschung erst seit den letzten zehn Jahren praktiziert wird. Erfahrener Alltagsantisemitismus sei weit mehr als Antisemitismus im Sinne gängiger Definitionen, so Reimer-Gordinskaya. Es gelte subjektive Erfahrungen intersubjektiv zu verallgemeinern und zu objektivieren. Hier habe eine nachholende Entwicklung stattgefunden. Es würde auch gezielt nach Verschränkungen von Antisemitismus und Rassismus gefragt. In tiefenhermeneutischen Gruppendiskussionen, die für den *Berlin-Monitor* durchgeführt werden, bestehe die Vorannahme, dass sich antisemitische Ressentiments im Unbewussten fänden und tradiert würden. Die käme über das, was gesagt werde, an die Oberfläche und auch darüber, wie es in den Gruppen kommuniziert werde.

Joshua Kwesi Aikins stellte die Studie *Afrozensus* vor. In der Studie würden die Lebensrealitäten und Diskriminierungserfahrungen Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen erfasst. Zudem spiele Empowerment im Sinne der Bedürfnisse von Schwarzen Menschen und Schwarzen Selbstorganisationen eine wichtige Rolle. Für das Einfordern von Maßnahmen gegen Anti-Schwarzen Rassismus und zur Eröffnung von Handlungsoptionen bei Gleichstellung und Empowerment seitens der Politik sei es notwendig, die Datengrundlagen zu verbessern. Wenig überraschend zeige der *Afrozensus*, dass das Problem von Anti-Schwarzem Rassismus strukturell sei und nicht individuell. Es ginge gerade darum, den Aspekt des Erlebens von Rassismus zu validieren in einem Kontext, in dem Rassismen gerne abgesprochen, bagatellisiert und nivelliert würden. Wichtig sei, dass der *Afrozensus* unter Beteiligung von unterschiedlichen Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Perspektiven geplant wurde. So würden die unterschiedlichen kollektiven Schwarzen Erfahrungen in verschiedenen Stadien der

Forschung in deren Analyse, Reflexion und der darauf fußenden Theoriearbeit gespeichert. Dieser Ansatz sei so jenseits der Dichotomie von „objektiver Theoriearbeit“ und „subjektiver Erfahrung“ verortet. Im ganzen Forschungsprozess gehe es darum, dass die Menschen zu Wissenssubjekt würden und nicht nur zu einem Subjekt, von dem Wissen abgezogen würde.

In der Studie wurden verschiedene Muster und Zuschreibungen von Anti-Schwarzem Rassismus herausgearbeitet. Für den deutschen Kontext gehörten zu den Mustern insbesondere Fremdmachung und Fremdverortung, (Hyper-)Sexualisierung Schwarzer Körper, Kriminalisierung, Aberkennen von Kompetenzen, Entindividualisierung und Homogenisierung sowie Bagatellisierung und Ablehnung von Rassismus. Durch die Verschiedenheiten innerhalb Schwarzen, afrikanischen und afrodiaporischen Communities gebe es eine Varianz im Erleben von Rassismus, die im *Afrozensus* durch Vielfaltsdimensionen aufgezeigt werde. Für Politik und Verwaltung würden sich folgende Handlungsempfehlungen ergeben: die Erarbeitung einer Definition von Anti-Schwarzem Rassismus für Ausführungsvorschriften und Bundesprogramme durch eine Expert*innenkommission, die flächendeckende Einrichtung von Beratungsstellen, ergänzt durch ein bundesweites Monitoring von Vorfällen und die Verankerung von Anti-Schwarzem Rassismus in der Erinnerungskultur. Handlungsempfehlungen für die Communities bestünden darin, die Vulnerabilität bestimmter Teilgruppen zu sehen und intersektionaler Diskriminierung mit solidarischer Verantwortung zu begegnen sowie die Rahmenbedingungen für Engagement durch den Ausbau bestehender Care-for-care Konzepte zu verbessern.

Julia Bernstein stellte in ihren Ausführungen ausgewählte Aspekte aus ihrer Studie „Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen“ aus dem Jahr 2020 vor. Für die Studie wurden 251 narrative und problemzentrierte Interviews mit jüdischen Schüler*innen, ihren Eltern sowie mit jüdischen und nicht-jüdischen Lehrer*innen bundesweit an 171 Schulen geführt. Die Studie sei qualitativ und nicht repräsentativ. Eine repräsentative Forschungsarbeit zu Antisemitismus und dessen Verteilung existiere bis heute in Deutschland nicht. Im Hinblick auf die Forschung habe sich herausgestellt, dass die Frage der Eindeutigkeit von Antisemitismus zwischen Betroffenen und Lehrkräften sehr unterschiedlich begriffen werde. Situationen, die von Betroffenen deutlich als antisemitisch wahrgenommen wurden, wurden von Lehrkräften überwiegend nicht so eingestuft. Diese Kluft zwischen unterschiedlichen Eindeutigkeiten sei einer der zentralen Befunde der Studie. Zwar seien Antijudaismus und Vernichtungsfantasien, die mit dem Nationalsozialismus in Verbindung stünden, erkannt worden. Allerdings wurde beispielsweise die Nutzung des Wortes „Jude“ als Schimpfwort von vielen Lehrkräften nicht als antisemitisch eingestuft. Was Bernstein am wichtigsten in der Debatte um Definitionen und im Streit um *IHRA-Definition* oder *Jerusalem Declaration* sei, sei die Frage danach, wie Israelhass in Deutschland auf die hier lebenden Jüdinnen*Juden wirkt. Es gehe ihr dabei nicht um eine Lösung oder eine parteiische Position zum Nahostkonflikt. Sie wolle ausschließlich zeigen, wie Jüdinnen und Juden angegriffen werden, wenn der Nahostkonflikt eskaliert. Aus ihrer Perspektive sei die *IHRA-Definition* mit ihren Beispielen dafür sinnvoll, weil sie genau diese Aspekte aufgreife. Mit Hilfe der Definition könnten Formate entwickelt werden, die den Lehrkräften zeigen, welche Auswirkungen bestimmte Meinungen über Israel auf die Schüler*innen habe.

Bernstein betont, dass es wichtig ist, Lehrkräften zu zeigen, welche Äußerungen eine Grenze überschreiten und nicht Teil einer dynamischen Diskussion innerhalb des

Beutelsbacher Konsens sein können, da sie Auswirkungen auf die Betroffenen, also Jüdinnen*Juden, hätten. Meinungsfreiheit höre dort auf, wo Menschenrechte verletzt würden. Zudem seien jüdische Kinder in Schulklassen immer eine Minderheit, sodass es in Konfliktsituationen von vorneherein ein asymmetrisches Verhältnis gebe. Jüdische Schüler*innen fühlten sich in konfrontativen Situationen häufig ungeschützt und alleine gelassen. In der Mehrheitsgesellschaft bestehe häufig eine Indifferenz bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Im Unterricht würden Schüler*innen außerdem in Repräsentationsrollen gedrängt, indem sie als Expert*innen, bzw. Stellvertreter*innen für alle das Jüdische betreffende Themen angesprochen würden. Zu weiteren Forschungsbefunden gehöre, dass in der Schule alle Formen von Antisemitismus verbreitet seien. Verschwörungstheorien, Bilder über reiche Juden, Schlusstrichmentalität oder „Israelkritik“ seien auch unter Lehrkräften zu finden. Zusätzlich würden Lehrkräfte eine fehlende Intention, sich antisemitisch zu äußern, als nicht antisemitisch wahrnehmen und Antisemitismus fälschlicherweise als Konflikt zweier Seiten wahrnehmen oder als Unterkategorie von Rassismus betrachten.

Cihan Sinanoğlu ging in seinem Vortrag auf „Arbeitsdefinitionen und Begriffe in der Forschungspraxis – Zwischen Rassifizierung und Race als Analysekategorie“ im Rahmen des *Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa)* ein. Der *NaDiRa* entstand vor dem Hintergrund der Anschläge in Halle und Hanau, die dazu beigetragen haben, dass Rassismus wieder in das politische und öffentliche Bewusstsein gerückt ist, so Sinanoğlu. Theoretische und empirische Analysen von Rassismus seien von drei Hauptfragen geleitet:

1. Welches Ausmaß hat Rassismus in Deutschland?
2. Welche Ursachen liegen Rassismus zugrunde?
3. Welche Folgen hat Rassismus für die Gesellschaft?

Cihan Sinanoğlu plädierte für einen multi-methodischen Ansatz, der Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis verstehe. Deshalb gelte es, rassistische Einstellungen, Diskurse, Denkweisen und kulturelle Praxen systematisch zu untersuchen. Es werde angesehen, wie Menschen von Rassismus betroffen sind und welche Handlungsstrategien sie entwickeln. Auch Strukturen, Normen und Institutionen würden danach untersucht, wie bei ihnen Rassismus produziert und reproduziert würde. Dabei seien nicht nur der Wandel und Kontinuitäten sichtbar zu machen, sondern mittels einer diachronen Perspektive ein besseres Verständnis der dabei wirksamen sozialen Mechanismen zu erhalten. Rassismus müsse also in seinen unterschiedlichen Dimensionen fokussiert werden. Daher sei *NaDiRa* modular aufgebaut.

Sinanoğlu äußerte sich skeptisch gegenüber sehr breiten Definitionen von Rassismus. Sie würden zwar helfen, Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis zu verstehen, das unterschiedliche Gruppen hierarchisiert und sich durch Aktualisierung rassistischen Wissens immer neu begründet. Eine solche Definition helfe aber nicht unbedingt, bestimmte Fragestellungen zu beantworten. Rassismus sei nicht nur eine Einstellung. Rassismusforschung könne sich deshalb nicht alleine auf Einstellungsforschung begründen, weil sie sonst andere Aspekte aus dem Blick verlore. So brauche es auch ein Verständnis von institutionellem Rassismus. Auch gelte es zu reflektieren, mit welchen Kategorien im deutschen Kontext hantiert würde. Analytische Kategorien wie Race trügen in sich die Problematik der Reifikation, also der scheinbaren Bestätigung von Gruppenkonstruktionen. Kategorien seien aber gleichzeitig notwendig, um soziale Ungleichheit zu messen. Um Rassismus als Ensemble von politischen, ökonomischen

und sozialen Verhältnissen zu begreifen, müsse es einen interdisziplinären und multi-methodischen Zugang geben.

Diskussion

Anschließend an die Vorträge wurde diskutiert, was es bedeutet, die Betroffenenperspektiven in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen und welche Schwierigkeiten dabei ergeben. **Cihan Sinanoğlu** sagt dazu, dass Subjektivität mit Blick auf staatliche Anrufungen problematisiert werden müsse – einerseits sei in betroffenen Gruppen viel Expertise vorhanden, andererseits würden die Gruppen durch ihre Adressierung perpetuiert, sodass auch Subjektivierungsprozesse in den Fokus rücken sollten.

Julia Bernstein ergänzte aus der Perspektive der Forschung gegen Antisemitismus und kritisierte, dass in der Holocaustforschung die Betroffenenperspektive lange marginalisiert und diskreditiert wurde, da Betroffenen nicht geglaubt worden sei, sie könnten sich wissenschaftlich und objektiv äußern. Gleichzeitig sei die Holocaustforschung von Nachkommen von Mitläufern und Tätern betrieben worden, obwohl es absolut undenkbar sei, beispielsweise Männer zu befragen, wenn man über die Unterdrückung von Frauen spricht. Ein weiterer Punkt sei, dass den jüdischen Betroffenen ihre antisemitischen Erfahrungen nicht geglaubt würden und denke, sie suchten nach antisemitischen Fällen oder würden diese instrumentalisieren.

Katrin Reimer-Gordinskaya äußerte sich zur Frage, was ohne die Betroffenenperspektive anders gewesen wäre und betonte, dass es schlicht wenig repräsentative Erhebungen zu Erfahrungen von Antisemitismus gebe, da die jüdische Gruppe zu klein sei. Allein deshalb sei es methodisch extrem wichtig gewesen, eine andere Herangehensweise zu finden. Natürlich ließe sich Antisemitismus quantifizieren, allein durch Umfragen in den Communities. Der *Berlin-Monitor* sei aber qualitativ vorgegangen, um Antisemitismus als Alltagserfahrung anders darstellen zu können.

Joshua Kwesi Aikins äußerte sich zur Frage der Kategorien und Ansprache. Es seien für den *Afrozensus* verschiedene Communities in unterschiedlichen Regionen Deutschlands befragt worden. Dabei sei ein zentraler Punkt die Vertrauensfrage gewesen: Wem vertraue ich meine Daten überhaupt an? Wer befragt mich überhaupt? Was passiert damit? Es beruhe gerade in Deutschland auf einer zentralen historischen Erfahrung, die dafür sorgt, dass Menschen ihre Daten nicht preisgeben wollen. Deshalb sei vonseiten der Forschenden sehr offensiv erklärt worden, was sie machen wollen, wo es Punkte gab, an denen die Befragten Feedback und Input geben konnten, wo Dinge mit ihnen getestet wurden. Dieser Dialog und diese Offenheit hätten dafür gesorgt, dass die Befragten Vertrauen entwickelt hätten. Es sei zusätzlich wichtig, dass es sich beim *Afrozensus* um ein Community-Projekt handele, indem sich auch die Kategorien der Forschenden entwickelt haben.

Buchpreview:

Frenemies: Antisemitismus, Rassismus und ihre Kritiker*innen

Sina Arnold, Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt / Zentrum für Antisemitismusforschung Freie Universität Berlin.

Saba-Nur Cheema, Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Meron Mendel, Bildungsstätte Anne Frank.
Stefan Vogt, Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Die Preview zum Sammelband „Frenemies“ gab einen Einblick in die Konzeption und ausgewählte Artikel des Buches. Der Titel ist ein Kompositum aus den englischen Worten „Friends“ und „Enemies“. Das Erscheinen ist für den 30. August 2022 im Verbrecher Verlag angekündigt. Sina Arnold, Saba-Nur Cheema und Meron Mendel fungieren als Herausgeber*innen. Der Band soll 65 Autor*innen mit kurzen Texten zu Freundschafts- und Feindschaftsverhältnissen auf den Gebieten von Antisemitismus- und Rassismuskritik versammeln. Feindschaften bestehen, obwohl ein gemeinsames Interesse vorhanden ist, menschenfeindliche Ideologien zu bekämpfen. Die Publikation wolle, so Sina Arnold, unterschiedliche Perspektiven auf Rassismus, Antisemitismus und Postkolonialismus zusammenbringen und zudem nach einem kleinsten gemeinsamen Nenner, aber auch nach No-go-Punkten fragen. Der Titel bringe das Problem von Lagerbildungen auf den Punkt, die teils auf einer Logik des Verdachts ohne gemeinsame Diskussion bestünden, äußerte Meron Mendel. Dabei richteten sich Angriffe auch direkt gegen Personen, nicht gegen die formulierten Inhalte. Für die Auswahl der Texte hätten die letzten Blickwinkel-Tagungen zu antimuslimischem und anti-Schwarzem Rassismus die Grundlage gebildet. Saaba-Nur Cheema machte einen Problempunkt in der strikten Trennung von Antisemitismus- und Rassismusforschung aus.

Stefan Vogt, der mit einem Text in „Frenemies“ vertreten sein wird, ging auf die Frage ein, ob Zionismus eine Form von Kolonialismus sei. Der Punkt könne nicht in der einfachen Antwort, beides habe nichts miteinander zu tun, beantwortet werden. Die historische Situation sei komplex. So hätten sich die frühen Zionist*innen aufgrund der Machtverhältnisse größere Chancen auf einen eigenen Staat ausgerechnet, wenn sie sich an die Kolonialmächte anlehnten. Es habe auch zur Zeit der Etablierung der zionistischen Siedlungen eine ökonomische Ungleichheit bereits im Mandatsgebiet gegeben. Dies sei aber nicht gleichbedeutend mit einer Ausbeutung der dort ansässigen arabischen Bevölkerung durch die Siedler*innen gewesen, da hier jüdische und der arabische ökonomische Sektor getrennt gewesen seien. Das Problem habe eher innerhalb des arabischen Sektors selbst bestanden. Eher habe die zionistische Besiedelung Kapital in die Region gebracht. Zudem gehe der Kolonialismuskritik insofern nicht auf, als hinter den Siedler*innen keine imperialistische Macht und kein Heimatland gestanden habe. Der Zionismus sei tendenziell eher ein antikolonialer Befreiungsnationalismus, der einzelne Elemente von Kolonialismus aufweisen würde. Nach der Staatsgründung habe Israel vor ähnlichen Problemen gestanden wie andere postkoloniale Staaten. Die differenzierte Beschäftigung mit dem Zionismus, so Vogt, könne ein Schlüssel sein zu einem komplexeren Begriff kolonialer Strukturen.

Dienstag, 21. Juni 2022

Tagesmoderation: Johanna Sokoließ, Stiftung Erinnerung Verantwortung und Zukunft (EVZ), Berlin.

Johanna Sokoließ begann den zweiten Tag mit einer Reflexion des Bedürfnisses nach Definitionen von Antisemitismus und Rassismus, das doch konträr zu den Widersprüchen und Ambivalenzen steht, die den Begriffen innewohnen. Inwiefern diese Widersprüche in den sozialen Medien Platz finden, diskutierte das erste

Podium des Tages bestehend aus Stephan Anpalagan, Jan Krasni und Eva Berendsen, moderiert von Elena Witzeck. Denn, wie Sokoließ betonte, stattfindende Diskussionen müssen von der Wissenschaft in die Mehrheitsgesellschaft getragen werden, um nicht in einem Erkenntnisgefängnis zu verharren.

Podium

Soziale Medien als Verstärker von Empörten Debatten und der Einfluss auf die politische Bildung

Stephan Anpalagan, Journalist, Essen.

Jan Krasni, Decoding Antisemitism, Berlin.

Eva Berendsen, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main.

Moderation: **Elena Witzeck**, Redakteurin Feuilleton Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Stephan Anpalagan hält fest, dass Debatten auf Social Media direkter und unmittelbarer geführt werden, woraus Druck entstehen kann, auch wenn manche Debatten ein Strohfeuer bleiben.

Eva Berendsen betont, dass marginalisierte Positionen und Stimmen in Social Media eher einen Raum finden und so machtvoll werden können. Bei vielen Debatten und Krisen, wie auch bei Debatten zur Documenta, die diese Tagung begleiteten, sei festzustellen, dass bewährte Institutionen diese Dynamiken noch gar nicht richtig verstanden hätten. Bereits vor der Eröffnung der documenta fifteen habe sich eine Debatte entsponnen, ob die die Schau antisemitisch sein könne. Dabei habe es auch pauschalisierende Vorverurteilungen gegeben. Dann habe die documenta-Leitung versucht, den Antisemitismusvorwurf abzuwehren. Die Idee der aktuellen documenta sei es, Positionen aus dem Globalen Süden eine Stimme zu geben. Das Ganze sei schnell als ein Stellungskrieg von Rassismus auf der einen Seite und Antisemitismus auf der anderen Seite verhandelt worden. Die Documenta-Veranstalter*innen hätte dann eine Diskussionsreihe versucht zu etablieren, die allerdings tendenziell und einseitig gewesen sei, weshalb sie zurecht vom Zentralrat der Juden kritisiert worden sei. Nach der Eröffnung der Ausstellung habe sich gezeigt, dass es dort durchaus problematische Arbeiten gebe. Vor allem sei das große Banner des Kollektivs Taring Padi mit einer offensichtlich antisemitischen Bildsprache behaftet.

Auf **Elena Witzecks** Frage, inwiefern Journalist*innen auf solche Debattenstürme noch Einfluss hätten, reagiert Stephan Anpalagan und beschreibt, wie die klassischen Medien meistens die Stichflammen auf Social Media im Nachhinein einordnen. Allerdings sei es auch schwierig, zwischen klassischen und sozialen Medien zu unterscheiden, da erstere inzwischen auf auch letzteren präsent seien.

Eva Berendsen ergänzt, dass manche Aspekte erst durch Social Media sichtbar werden. In dem Fall der offen antisemitischen Bildsprache des riesigen Werks wurde seitens der Documenta anfangs geäußert, es wäre dort nichts Antisemitisches abgebildet. Es seien dann einige User*innen mit vielen Follower*innen auf Twitter gewesen, die Fotos geteilt als Korrektiv geteilt hätten. So etwas müsse anerkannt werden.

Im Gespräch über die Schwierigkeit, die Kommentare auf Social Media zu moderieren, gibt **Stephan Anpalagan** zu Bedenken, dass diese Aufgabe je nach Plattform unterschiedlich gut zu bewältigen ist. So sei die Moderationsfunktion bei Twitter noch verbesserungsbedürftig und erschwere es Accounts, etwa antisemitische Kommentare effektiv auszublenden. **Eva Berendsen** merkt an, dass Moderation manchmal auch aus der eigenen Zielgruppe heraus möglich sei, die interveniere, wenn Äußerungen zu eindeutig sind.

Jan Krasni berichtet zur Frage der Eindeutigkeit vom Projekt *Decoding Antisemitism*, das versucht, jede Form von Antisemitismus im Online-Bereich in verschiedenen Milieus erkenntlich zu machen. Es gebe einen Leitfaden, einen Katalog mit antisemitischen Stereotypen. Das seien acht Kategorien. Es gehe beispielsweise, kenntlich zu machen wo finge Schuldabwehr an. Wo gebe es Schlusstrichforderungen? Es gebe beispielsweise Aussagen wie „lasst endlich die alten Geschichten in Ruhe“. Über die Kategorien ließen sich auch verschlüsselte Formen von Antisemitismus decodieren. Damit könnten beispielsweise Gedenkstättenmitarbeiter*innen und Aktivist*innen arbeiten. Abschließend kritisieren die Teilnehmer*innen des Podiums, dass die Social Media Plattformen zu wenig regulieren und es letztlich in der Online-Diskussion über Antisemitismus und Rassismus bis auf die Plattformen selbst nur Verlierer*innen gibt.

Vertiefungsangebote

Die Vertiefungsangebote wurden sowohl am ersten, als auch am zweiten Tag der Veranstaltung je einmal angeboten.

1. Warum die Juden? Vorurteile, falsche Projektionen und Antisemitismus.
Wolfgang Frindte, Psychologe und Kommunikationswissenschaftler, Jena.

Der Workshop beschäftigte sich mit den Eigenschaften von Antisemitismus, der nicht lediglich Vorurteil oder Ressentiment, sondern eine Weltanschauung und komplexe Ideologie darstellt. Metaphern würden eine wichtige Rolle dabei spielen, Antisemitismus massentauglich zu machen: In der Geschichte zeige sich dies in einer wiederkehrenden Verwendung ähnlicher Begriffe, die Bezug auf Seuchen, Gift und Ungeziefer nehmen. Jüdinnen und Juden würden für Krankheiten und Wirtschaftskrisen („jüdische Weltverschwörung“) verantwortlich gemacht: Ein Fünftel der befragten Brit*innen glaube, dass Covid-19 von Jüdinnen und Juden geschaffen wurde, weil sie dadurch finanzielle Vorteile erlangen könnten. Verschwörungsmythen dienen u.a. im Sinne einer Heuristik dem Zweck, komplexe und abstrakte Probleme zu vereinfachen und mit einem Ohnmachtsgefühl umzugehen.

Sozialpsychologisch könne zwischen impliziten und expliziten Vorurteilen unterschieden werden, wobei erstere unbewusst seien, sich aber dennoch auf unser Verhalten auswirkten – mögliche Lösung: Selbstreflexion über bisherige Schritte gefolgt von einer Selbstkontrolle des darauffolgenden Verhaltens („langames Denken“ nach Daniel Kahneman).

2. Multiperspektivische Betrachtung von Begriffen und Konzepten zu Rassismus gegen Rom*nja und Siti*zze
Hajdi Barz, RomaniPhen, Berlin.

Der Workshop hatte unterschiedliche Begrifflichkeiten und Definitionen des Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja zum Thema. Angesprochen wurden die Begriffe Antiromaismus, Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja, Gadge-Rassismus (als Gadge werden Nicht-Sinti*zze und -Rom*nja bezeichnet), Romaphobie, Antiziganismus, Gipsylorism.

Die Teilnehmer*innen beschäftigten sich mit Quellen in unterschiedlichen Formaten und diskutierten anhand der Materialien die Vor- und Nachteile der jeweils gewählte Begriff.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass beispielsweise Antiromaismus zwar ein Begriff von Aktivist*innen ist, aber den Nachteil hat, dass Sinti*zze nicht angesprochen werden. Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja hätte den Vorteil, dass er an Konzepte von Rassismus anknüpfen könnte und Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis herausstellen würde. Allerdings wäre der Ausdruck sperrig und eventuell unspezifisch. Gadge-Rassismus wiederum hätte den Vorteil, dass die Verursacher*innen benannt würden, während im Begriff Antiziganismus das als diskriminierend empfundene Z-Wort aufscheint, er wiederum die Spezifik betont. Diese Beispiele zeigen, und darin bestand der große Mehrwert des Workshops, dass es nicht die eine befriedigende oder treffende Begrifflichkeit, bzw. Definition von Rassismus gegen die Minderheit gibt und der Prozess des Abwägens von Vor- und Nachteilen selbst Erkenntnisgewinne bringt.

3. IHRA vs. JDA welche Rolle spielen Definitionen innerhalb der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus?

Nathalie Friedlander, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt am Main.

Im Rahmen des Workshopangebots sollten die Vor- und Nachteile der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA und der Jerusalem Declaration on Antisemitism methodisch erarbeitet werden. Zu Beginn stand eine Vorstellungsrunde sowie ein Abriss der Debatte um beide Definitionen von Antisemitismus seitens der Referentin **Nathalie Friedlander**.

In Kleingruppen wurde anschließend anhand von vier Fällen die Anwendbarkeit beider Definitionen getestet. Dazu dienten drei Leitfragen:

- Kann der Fall laut IHRA/JDA als Antisemitismus eingestuft werden?
- Gibt es unterschiedliche Perspektiven?
- Welche Stärken und/oder Schwächen der Definitionen könnt ihr erkennen?

Mit den vorgegebenen Fallbeispielen wurde auf den Bereich des israelbezogenen Antisemitismus abgezielt. Die Beispiele beruhten auf tatsächlichen Begebenheiten wie etwa der Documenta oder aus dem Politikunterricht einer Schule. In der auf die Kleingruppenphase folgenden Diskussion innerhalb des Workshopplenums spielte insbesondere die Frage eine Rolle, ob die Definitionen für den Einsatz in der Bildungsarbeit hilfreich und geeignet wären. Auch wenn es dazu unterschiedliche Positionen gab, wurde verschiedentlich geäußert, dass dies nicht der Fall sei. Für nicht-intentionalem Antisemitismus seien sie nur bedingt hilfreich, da hier im Mittelpunkt stünde Absicht und Wirkung von Äußerungen zu reflektieren. Die JDA sei deutlich eine Reaktion auf die IHRA-Definition und nur in Bezug auf diese verständlich.

4. Widerspruchstoleranz: Spannungsfelder von Theorie, praktischem (Er-)leben und Grenzziehung

Fadl Speck, Désirée Galert, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA).

Der Workshop begann mit den Assoziationen der Teilnehmer*innen zum Thema „Widerspruchstoleranz“. Die Mehrzahl der Teilnehmer*innen hatte einen direkten Bezug zur Praxis der politischen Bildungsarbeit. In Kleingruppen wurden anhand von Zitaten die Zentralität von Ambiguitätstoleranz für die politische Pädagogik besprochen.

Darüber hinaus wurde im Plenum über die Grenzen der Ambiguitätstoleranz und die Grenzen der Pädagogik im Allgemeinen diskutiert. Außerdem wurden reale

Fallbeispiele in Kleingruppen bearbeitet und im Plenum eingeordnet. Die Teilnehmenden haben in diesem Kontext immer Bezug auf ihre Erfahrungen in der Bildungsarbeit genommen und Herausforderungen thematisiert. Kleingruppendiskussion von Thesen mit anschließender Besprechung in der gesamten Workshopgruppe: Wie geht man mit verschiedenen Perspektiven um, was muss man aushalten, wo sind die Grenzen?

- 1) Distanz zum Deutungs- und Urteilsgegenstand in der politischen Bildung: Ist für Betroffene von Rassismus oder Antisemitismus überhaupt eine Distanzierung möglich? Für Nichtbetroffene: Führt eine Distanzierung zu einer Externalisierung des Problems?
- 2) Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven und Positionen ist ein gewichtiges Bewertungskriterium politischen Urteilens: Empathie ist wichtig, damit ein emotionaler Zugang zu den einzelnen Personen gefunden werden kann. Die Rolle der Sozialisation sollte berücksichtigt werden, wobei es Positionen gibt, die nicht zu akzeptieren sind.
- 3) Neben der Wahrnehmung und dem Aushalten einer anderen Meinung sind Reflexion und interne Widersprüche ein wichtiger Bestandteil der Widerspruchstoleranz

5. Mit „Rasse“ gegen Rassismus und Antisemitismus? Die Debatte um Rasse als Rechtsbegriff (nicht nur) im Grundgesetz

Doris Liebscher, Humboldt-Universität zu Berlin.

Doris Liebscher eröffnete einen Raum, in dem die Teilnehmer*innen grundlegende Fragestellungen und Begriffe zum Umgang mit „Rasse“ diskutieren konnten: Wie beziehen sich aktuell Jurist*innen auf den Begriff "Rasse" in der Praxis? Wie kann Wissen aus der Wissenschaft / soziologische Theorie in Rechtswissenschaft einfließen? Die Debatten um die Streichung des Begriffs "Rasse" in Gesetzestexten ermöglichen das Nachdenken über alternative Begriffe. Die Teilnehmer*innen hatten im Workshop die Möglichkeit, Vorschläge und Ideen zu diesen Fragen zu diskutieren. Wäre race nicht der bessere Begriff, "Rasse" (in Anführungszeichen), oder eher rassifiziert, rassistisch diskriminiert, rassistisch und antisemitisch diskriminiert?

Das Fazit des Workshops war, dass wir Debatten brauchen, weil erst dann Veränderung stattfinden kann. Wir benötigen Diskussionen über Rassismus und Antisemitismus und auch weitere Debatten über andere Diskriminierungsformen. Erst dann kann sich in Gesetzestexten etwas verändern. Das Streiten um Begriffe kann nur ein Anfang sein und impulsgebend für weitere gesellschaftliche Veränderung.

Resümee/Ausblick

Ingolf Seidel, Berlin

Zwei Tage mit hochwertigen Inputs aus Wissenschaft und Bildung hätten gezeigt, dass oft kontrovers bis zur Feindseligkeit diskutierte Probleme von Definitionsfindungen zu Rassismus/Antisemitismus gemeinsam diskutiert werden können. Das sei derzeit angesichts mancher Zuspitzungen viel. Insbesondere angesichts der Documenta ist die konstruktive Debatte noch höher einzuschätzen. Der Preis dafür sei ein wenig, dass manches nebeneinander stehen blieb.

Deutlich wurden unterschiedliche Bedürfnisse in Wissenschaft und Bildung. Wissenschaft setze deutlicher auf prägnante Definitionen. Die Klarheit, die bei Definitionen im Hinblick auf den wissenschaftlichen Bereich gefordert wird, sei in der Bildungsarbeit eher schwierig. Uffa Jensen hat auf den Beutelsbacher Konsens verwiesen – Kontroversitätsgebot und Überwältigungsverbot scheinen notwendiger denn je, um nicht aus einem gut gemeinten Impuls in Propaganda zu verfallen. Ambiguitätstoleranz zu erreichen sei ein hehres und richtiges Ziel, nur sei sie zuerst von Pädagog*innen zu erwarten und in zweiter Linie von Jugendlichen. Allerdings ersetze die Arbeit an der eigenen Haltung keine Definitionen und die Ambiguitätstoleranz stoße angesichts der undemokratischen Einrichtung von Schule an enge Grenzen. Pädagogik könne nicht als gesellschaftliche Feuerwehr wirken, ohne in die Gefahr von Indoktrination zu geraten. Zwar seien Positionierungen von Lehrkräften und Pädagog*innen zwingend notwendig, doch auch ihre Position müsse im pädagogischen Rahmen diskutierbar sein. Den schmalen Grat zwischen Beliebigkeit und Normativität zu gehen sei wesentlicher Teil des pädagogischen Handwerks. Für Lehrkräfte mögen Definitionen dazu erster Einstieg sein. Gesellschaftliche Herrschaftsgrundlagen der Reproduktion beider Ideologien würden mit pädagogischen Maßnahmen eher nicht hinterfragt. Reiche dazu Empowerment? Oder bestehe nicht die Problematik der Schaffung neuer Kollektividentitäten, bei der gesellschaftlich bedingte Problematiken in den Hintergrund träten?

Sie erübrigten nicht die Auseinandersetzung mit der Breite und Tiefe beider Problemfelder. Zudem sei Aufgabe von politischer Bildung nicht, Empathie zu schaffen, sondern zur Urteilsfähigkeit von Jugendlichen beizutragen, bzw. Kompetenzen historischen Lernens zu befördern.

Mehrfach aufgeblitzt sei die Frage der Feldspezifik. Das juristische Feld habe andere Anforderungen an die Eindeutigkeit von Definitionen als Bildungsarbeit. Und auch die sei vielleicht noch zu unterteilen in formale und non-formale Bildung.

Zunehmend sei die Einbeziehung von Betroffenen, statt eines Redens über sie, in die pädagogische und wissenschaftliche Arbeit zu Antisemitismus festzuhalten. Dies sei eine richtige und notwendige Entwicklung. Übereinstimmend wurde die nicht neue Erfahrung deutlich, dass die Dominanzgesellschaft Betroffenen ihre Diskriminierungserfahrungen nicht glaube, sie relativiere. Um diesen Mechanismus auszuhebeln sei Perspektivität unabdingbar.

Damit würde nebenher die allwissende Expert*innenposition ein Stück weit hinterfragt.

Über das Gesagte stelle sich die Frage, ob eine notwendige Einordnung von Rassismus und Antisemitismus vor unterschiedlichen Epochen und gesellschaftlichen Hintergründen jeweils bis zum Ende mitgedacht würde.

Am Beispiel Antisemitismus stehe sonst die Problematik, ihn teleologisch zu betrachten im Raum. Wenn etwa eine bruchlose Kontinuität von der Römischen Zeit über den christlichen Antijudaismus bis in die Aufklärung postuliert werde, bei der die Vernichtung des europäischen Judentums als nahezu logische Konsequenz daraus resultiere, beruhe dies nicht nur auf einem ahistorischen Blick von der Gegenwart in die Vergangenheit. Es fehle auch eine Dialektik von Kontinuitäten und Brüchen des Antisemitismus. Er würde damit zu einer anthropologischen Konstante, die im Grunde nicht bekämpft werden könne.

Thematische Wünsche für künftige Blickwinkel-Tagungen gebe es zwei:

Eine vertiefte Auseinandersetzung mit Antiziganismus, also dem Rassismus gegen Sinti*innen und Romn*innen, und seinem Verhältnis zu Antisemitismus sowie die

Auseinandersetzung mit Antislawischem Rassismus und Antisemitismus in Ostmitteleuropa.